

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/04/2010

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 08.06.2010,
Ahrensburg, Fritz-Reuter-Schule

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Petra Wilmer

Stadtverordnete

Frau Carola Behr	i. V. f. BM Segelken-Voigt
Frau Doris Brandt	
Frau Marion Clasen	beratendes Mitglied
Frau Monja Löwer	i. V. f. Frau Holers
Herr Bela Randschau	
Frau Karen Schmick	
Frau Martina Strunk	

Bürgerliche Mitglieder

Frau Cordelia Koenig
Frau Nadine Levenhagen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Janica Lamprecht	Kinder- und Jugendbeirat
Herr Christof Schneider	Seniorenbeirat
Herr Florian Stephani	Kinder- und Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Hausmann	Kreiselternervertreter
Frau Kothe	Großpflegestelle Sonnenstüb- chen
Frau Levin	Großpflegestelle Sonnenstüb- chen
Frau Petry	Verein Tagesmütter u. -väter e. V.
Herr John Simon	Vorsitzender Verein "42"
Herr Stukenberg	Waldorfkindergarten

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Hanno Krause
Herr Frank Ropers
Frau Cornelia Heitmann

Frau Andrea Schuldt
Frau Anja Gust

Bürgermeister
Fachbereichsleiter
Fachdienstleiter Jugendpflege
Fachdienstleiterin soz. Einrichtungen
FD III.1
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Nina Holers

Bürgerliche Mitglieder

Herr Werner Segelken-Voigt

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Begehung der Fritz-Reuter-Schule
4. Einwohnerfragestunde
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2010 vom 11.05.2010
6. Antrag einer Tagespflegestelle auf einen Investitions- und lfd. Mietkostenzuschuss **2010/066**
7. Jugendzentrum 42, Gutachten über bewertete Schallpegelmessung
- Mündlicher Vortrag -
8. Schaffung einer 3-Tagesgruppe im Waldorfkindergarten Ahrensburg e. V., Am Hagen 6b **2010/067**
9. Planung und Kostenschätzung einer Kindertagesstätte am Standort Sportplatz Fritz-Reuter-Schule **2010/070**
10. Schaffung neuer Kindergartengruppen in der Fritz-Reuter-Schule
- Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nach § 95 d GO- **2010/068**
11. Verschiedenes
- 11.1. Erläuterung des für den Sozialausschuss relevanten Posten des Energieberichts 2009 der Zentralen Gebäudewirtschaft im Sozialausschuss **AN/052/2010**
- 11.2 Jugend im Rathaus
- 11.3 Ausbau und Förderung von Großpflegestellen
- 12 Beschlusskontrolle

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um den neuen Tagesordnungspunkt 3 „Begehung der Fritz-Reuter-Schule“ ergänzt.

Die Vorlage 2010/066 wird als TOP 6 behandelt.

Die Tagesordnung ist genehmigt.

3. Begehung der Fritz-Reuter-Schule

Es erfolgt die Besichtigung der Klassenräume, die in Abstimmung mit der Schulleitung für die Errichtung von zwei neuen Kindergartengruppen ab Herbst zur Verfügung gestellt werden können. Dabei handelt es sich um einen Musikraum und einen Klassenraum mit Nebenraum.

Die Verwaltung erläutert die notwendigen Umbauten (Rettungsweg) und erklärt auf Nachfrage, dass es konkret diese Räume sind, die die Schule verfügbar machen kann.

Auf die Situation zu den Toiletten wird kurz eingegangen. Die Toilettenanlagen befinden sich mitten im Schulgebäude. Die Elementarkinder werden bei Bedarf zu den Toiletten begleitet.

4. **Einwohnerfragestunde**

Die Gäste melden ihre Fragen an. Diese werden im Rahmen der Tagesordnungspunkte behandelt werden.

Zusätzlich möchte **Herr Hausmann** wissen, welche Maßnahmen für die Skateranlage angedacht sind, wenn es zu massiven Beeinträchtigungen für das Peter-Rantzau-Haus kommt. Politik und Verwaltung erklären, dass die Skater ihren Standort behalten. Dieses wurde lange diskutiert und in der Planung berücksichtigt. Derzeit kann sich niemand eine Situation vorstellen, die die Umsetzung der Skateranlage erfordert.

Frau Petry vom Verein Tagesmütter und -väter e. V. gibt bekannt, dass sie am heutigen Abend der Verwaltung Anträge zur Aufnahme in den Bedarfsplan ausgehändigt hat.

5. **Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2010 vom 11.05.2010**

Stadtverordnete Brandt kritisiert, dass die Ammersbeker Vereinbarung zur Aufnahme der Tagespflege in den Bedarfsplan dem Protokoll beigelegt werden sollte. Sie bittet, dieses nachzuholen. Diese solle als Muster für ein Ahrensburger Modell gelten.

Es soll geprüft werden, ob diese auch für Ahrensburg Anwendung finden kann.

6. Antrag einer Tagespflegestelle auf einen Investitions- und lfd. Mietkostenzuschuss

Die Verwaltung erklärt, dass aufgrund der aktuellen Haushaltslage, die keine Mittel für eine freiwillige Bezuschussung zulässt, der Antrag der Großpflegestelle dem Sozialausschuss zur Kenntnis vorliegt. Der Innenminister habe den Haushalt der Stadt zwar zum überwiegenden Teil genehmigt, hinsichtlich der Kreditaufnahmen aber deutlich erklärt, dass diese die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Ahrensburg gefährden. Da die Verwaltung aus dem laufenden Etat keinen Deckungsvorschlag machen kann und ein Mietkostenzuschuss eine auf Dauer angelegte freiwillige Zahlungsverpflichtung beinhaltet, konnte die Verwaltung unter Hinweis auf die Hauptsatzung und Zuständigkeitsregelungen den Antrag in diesem Jahr nur ablehnen.

Stadtverordnete Löwer und Brandt sind irritiert, dass für die Planung neuer Elementargruppen und Schaffung zusätzlicher Krippenplätze schon heute Mittel für Planungskosten bewilligt werden sollen, aber für einen Zuschuss an eine Großpflegestelle keine Mittel bereitstehen.

Aufgrund der Diskussion erklärt der Bürgermeister, dass die Schaffung benötigter Elementargruppen und der Ausbau von Krippenplätzen ein gesetzlicher Auftrag bzw. eine gesetzliche Verpflichtung darstelle, spätestens 2013 müsse auch der Forderung nach ausreichenden Krippenplätzen Rechnung getragen werden. Zuschüsse an Tagespflegestellen hingegen sind freiwillige Leistungen, die in Ermangelung einer gesetzlichen Verpflichtung nur dann geleistet werden können, wenn die Mittel hierfür da sind. Aufgrund der aktuellen Situation besteht daher kein Handlungsspielraum für die Verwaltung.

Stadtverordnete Wilmer und andere Sozialausschussmitglieder erinnern, dass Anträge auf freiwillige Leistungen und insbesondere auch die Thematik der Tagespflege bisher immer durch den Sozialausschuss entschieden wurden. So sieht der Sozialausschuss seine Zuständigkeit hierin, die Richtung vorzugeben, nach der die Verwaltung dann handelt. Der Bürgermeister und die Verwaltung bestätigen dieses, verweisen jedoch auf den Aspekt der Haushaltslage.

Nach weiterer Diskussion und Gesprächsbeiträgen fasst der Bürgermeister zusammen, dass Frau Kothe die Möglichkeit der Rechtsmittel gegen den ablehnenden Bescheid der Verwaltung habe, zudem wurde Frau Kothe in einem persönlichen Gespräch deutlich gemacht, dass der grundsätzliche Wunsch und Wille der Stadt da ist, Großpflegestellen zu fördern und zu unterstützen. So wird die Verwaltung prüfen, welche Zuwendungsmöglichkeiten es in der Zukunft gibt.

Dieses soll auf Wunsch aller im September dem Sozialausschuss vorgestellt werden.

7. Jugendzentrum 42, Gutachten über bewertete Schallpegelmessung - Mündlicher Vortrag -

Herr Ropers berichtet, dass Veranstaltungen im Jugendzentrum „42“ wiederholt zu Lärmbeschwerden führten. Eine Schallmessung wurde beauftragt und an zwei Tagen durchgeführt. Eine im Vorwege angekündigte Durchführung fand tagsüber im April statt. Dabei wurde festgestellt, dass trotz lautester Musik bei geschlossener oder offener Tür die Lärmgrenze nicht überschritten wurde. Die zweite nicht angekündigte Messung fand nachts im Juni statt. Dabei wurde festgestellt, dass die Musikabstrahlung von dem Jugendzentrum im gerade noch zulässigen Bereich liegt. Die Geräuschentwicklung aufgrund von Personengruppen vor dem Gebäude hingegen führt in einzelnen Fällen zur Überschreitung des zulässigen Wertes.

Dennoch soll der Verein zukünftig zur Steuerung der Musikanlage einen Limiter einsetzen, um den Schallpegel zu begrenzen.

Nach dem Vortrag der Verwaltung merkt eine Anwohnerin an, dass nicht allein die laute Musik und die Menschentrauben das Problem darstellen. Auch sind am Tage nach einer Musikveranstaltung die Umgebung um das „42“ stark verschmutzt. Oft liegen viele Scherben auf den Wegen im Grünbereich. Die Verwaltung erklärt hierzu, dass der Verein gehalten ist, Verschmutzungen im Laufe des nächsten Tages zu beseitigen. Künftig wird hierauf mehr geachtet.

2010/067

8. Schaffung einer 3-Tagesgruppe im Waldorfkindergarten Ahrensburg e. V., Am Hagen 6b

Die Verwaltung stellt die Beschlussvorlage vor.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9. Planung und Kostenschätzung einer Kindertagesstätte am Standort Sportplatz Fritz-Reuter-Schule

Die Verwaltung führt aus, dass bis 01.08.2013 weitere 100 Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren geschaffen werden müssen. Die Tagespflege kann diese Anzahl an Plätzen nicht schaffen. Zudem werden aufgrund der neuen Baugebiete weitere Betreuungsplätze im Elementarbereich benötigt.

Die Verwaltung war beauftragt worden, mögliche Standorte für weitere Kitaplätze zu suchen und vorzustellen.

Der Standort „Sportplatz Fritz-Reuter-Schule“ erfüllt nachstehende Kriterien:

- Das Grundstück gehört der Stadt Ahrensburg (keine Erwerbskosten),
- als Sportplatz ist das Grundstück für die Schule verzichtbar,
- das Grundstück liegt zentral (Stadtmitte, Anbindung ÖPNV) und
- durch die Grundschulnähe kann bei wechselndem Bedarf (Krippe, Elementar, Hort) die Nutzung zum Hort zumutbar geändert werden.

Der Bürgermeister ergänzt hierzu, dass der Bauausschuss und der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss bereits über die Vorlage diskutiert haben. Insbesondere wurde auch besprochen, ob die Planungskosten erforderlich seien oder ob die Verwaltung nicht selbst planen könne. Hierzu hat die Verwaltung erklärt, dass aufgrund der Vielzahl von Projekten eine stadt eigene Planung zur zeitlichen Verschiebung dieses oder eines anderen Projektes führen würde. Die hier nun beantragten Planungskosten von 30.000 € werden benötigt, weil die Verwaltung nicht alle beauftragten Projekte zeitgleich bearbeiten kann. Um noch 2010 mit der konkreten Erarbeitung von Planzahlen beginnen zu können, um in 2011 und spätestens 2012 die Baumaßnahme beginnen zu können, hält der Bürgermeister den Beschlussvorschlag der Verwaltung für richtig und verantwortungsbewusst.

Stadtverordnete Löwer erklärt, dass insbesondere ihre Fraktion diese Auffassung nicht teile. Vielmehr stellt sie einen Zusammenhang zwischen der Aufnahme der Tagesmütter in den Bedarfsplan her. Für sie ist fraglich, ob nicht auch mit den Tagesmüttern die gesetzliche fixierte Versorgungsquote zu erfüllen ist. Überhaupt erkenne sie die Eile für die Freigabe der Planungskosten nicht. Auch sei ihr unklar, ob die Errichtung einer Kita in der Nachbarschaft von Einzelbebauung überhaupt zulässig sei. Es seien mehr Informationen vonnöten, um hierüber abstimmen zu können.

Hierzu merkt die Verwaltung an, dass eben zur Klärung solcher Detailfragen die Planungskosten benötigt werden.

Im weiteren Verlauf verdeutlichen Stadtverordnete Wilmer und Stadtverordneter Randschau, dass der zeitliche Ablauf wie auch die Belastung der Folgehaushalte durch die dann später anzumeldenden Planungskosten belastet ist. Zudem würde der Deckungsvorschlag der Verwaltung – sofern er nicht für die Planungskosten in 2010 eingesetzt würde – in den Gesamthaushalt fließen, um möglicherweise außerhalb des Sozialbudgets „ein Loch“ zu stopfen.

Aber auch Stadtverordnete Brandt möchte im Hinblick auf andere Betreuungsvarianten nicht heute über diese Vorlage beschließen. Sie beantragt, die Vorlage erst in der kommenden Sitzung des Sozialausschusses im September zu beraten, ggf. zu beschließen, um zuvor fraktionsintern beraten zu können.

Diesem Antrag folgt der Sozialausschuss.

**10. Schaffung neuer Kindergartengruppen in der Fritz-Reuter-Schule
- Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nach § 95 d GO-**

Die Verwaltung erläutert die einzelnen Beschlussvorschläge.

Stadtverordnete Brandt weist darauf hin, dass grundsätzlich auch andere Wohlfahrtsverbände als Träger zu berücksichtigen sind und der Sozialausschuss hierüber zu befinden habe. In diesem Fall wäre es aber nachvollziehbar, warum die Verwaltung einen Träger konkret vorgeschlagen habe.

Über die Beschlussvorschläge 1 bis 6 wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

11. Verschiedenes

11.1 Erläuterung des für den Sozialausschuss relevanten Posten des Energieberichts 2009 der Zentralen Gebäudewirtschaft im Sozialausschuss AN/052/2010

Stadtverordnete Löwer möchte auch in Ermangelung einer sachlichen Zuständigkeit des Sozialausschusses die energetischen Werte der Kinder- und Jugendeinrichtungen im Sozialausschuss erläutert haben.

Nach kurzer Diskussion wird vereinbart, dass der Energiebericht den Sozialausschussmitgliedern zugehen wird. Sofern hier zu einzelnen Gebäuden oder einzelnen Verbrauchswerten Fragen auftauchen, sollen diese dann im Sozialausschuss besprochen werden.

11.2 Jugend im Rathaus

Der Verlauf und die Ergebnisse des diesjährigen Projekts „Jugend im Rathaus“ liegt dem Protokoll als **Anlage** bei.

11.3 Ausbau und Förderung von Großpflegestellen

Stadtverordnete Brandt berichtet über eine Variante zur Schaffung von Betreuungsplätzen. So haben sich in Reinbek in ehemaligen Asylbewerberunterkünften Großpflegestellen gebildet. Die geschaffenen Plätze würden dort an die Versorgungsquote der Krippen angerechnet.

Die Verwaltung merkt hierzu an, dass man diese Personen bei einem Träger der freien Wohlfahrt angestellt sind und somit der § 30 KiTaG Anwendung findet.

Der Bürgermeister erklärt, die Verwaltung werde diesen Vorschlag prüfen und im September hierzu berichten.

12. Beschlusskontrolle

Die Beschlusskontrolle wurde verteilt und liegt diesem Protokoll als **Anlage** bei.

gez. Petra Wilmer
Vorsitzende

gez. Anja Gust
Protokollführerin